

Odenwälder Kreistag warnt angesichts des „kaputten Systems“

Der Kreistag beschließt den Haushalt trotz eines Defizits von 14,8 Millionen Euro – und fordert per Resolution einen Politikwechsel im Sinne der kommunalen Ebene.

Odenwaldkreis/Reichelsheim. Die Lage ist dramatisch, Spielräume für eine politische Gestaltung gibt es derzeit nicht: In dieser Einschätzung waren sich die Redner in der Haushaltsdebatte im Odenwälder Kreistag über Fraktionsgrenzen hinweg einig. Und das gilt auch für einen weiteren Punkt: Die schwierige Situation, so war in den Ansprachen zu vernehmen, geht nicht auf Entscheidungen der Kreispolitik zurück, sondern im Wesentlichen auf den Umfang der Aufgaben, die Bund und Land ohne ausreichende Gegenfinanzierung an die kommunale Ebene übertragen.

Als Folge daraus findet sich im Odenwälder Haushalt ein Defizit von 14,8 Millionen Euro, zudem ist eine Erhöhung der Kreis- und Schulumlage um einen Punkt auf 58 Prozent festgeschrieben. Unter diesen Vorzeichen handelt es sich aus Sicht des SPD-Fraktionsvorsitzenden Raoul Giebenhain um eine der „schwierigsten Haushaltsentscheidungen der vergangenen Jahrzehnte“. Und Marlene Wenzl (Die Linke) befand: „Dieser Haushalt gestaltet nicht – er kapituliert (...) vor der Realität der strukturellen Unterfinanzierung, die unseren Landkreis lähmt.“

Dennoch fand der Kreisetat mit seinem Volumen von 240 Millionen Euro letztlich Zustimmung in einer Breite, wie es sie im Kreistag lange nicht mehr gegeben hat: Auch die Oppositionsfraktionen CDU (geschlossen) und Bündnis 90/Die Grünen (mit einer Ausnahme) votierten für das Zahlenwerk. Dessen ursprüngliches Defizit von 18,9 Millionen Euro war durch Sonderbedingungen der Landesregierung Richtung Genehmigungsfähigkeit gesenkt worden, nämlich einer pauschalen Ausgabenkürzung um zwei Prozent und die Stundung von Rückzahlungen zum Entschuldungsprogramm Hessenkasse.

Opposition stimmt im Sinne der Handlungsfähigkeit des Kreises zu

Inhaltlich haben zwar Christdemokraten wie Grüne durchaus abweichende Vorstellungen, etwa bei der Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung oder bei der stärkeren Berücksichtigung des Klimaschutzes. Letztlich gehe es aber darum, die Handlungsfähigkeit des Kreises zu erhalten, die ohne einen beschlossenen Haushalt als gefährdet gilt. In dieser Situation werde sich die CDU ihrer „grundsätzlichen Verantwortung nicht verweigern“, begründete Kevin Schmauß, das Ja seiner Fraktion. Angesichts der aktuellen Haushaltslage gehe es darum, „Schadensbegrenzung“ zu betreiben, formulierte Dr. Jonas Schönefeld (Grüne).

Damit stand am Ende der Sitzung in Reichelsheim nicht mal eine Handvoll Gegenstimmen, davon zwei aus den Reihen der ÜWG. Die gehört zwar mit SPD und FDP der regierenden Odenwaldkoalition an, hatte während der Haushaltsberatungen in mehreren Ausschüssen aber gegen das Papier gestimmt. „Das System ist kaputt“, sagte Fraktionsvorsitzender Georg Raab. Nur um das laufende Verwaltungsgeschäfts erledigen zu können, Gehälter zu zahlen und Gebäude zu heizen, „muss der Odenwaldkreis Kredite aufnehmen“. In dieser Situation sei es darum gegangen, ein Zeichen zu setzen.

Kritik: Kreise zunehmend „reine Transferverwalter“

Das kommt nun in anderer Art, nämlich in Form einer [Resolution](#) – angeregt von den Grünen, erarbeitet in überfraktioneller Kooperation und ebenfalls mit umfassende Mehrheit verabschiedet. Das Ergebnis nannte Giebehain „nicht nur Mahnung, sondern Warnruf. Und zwar ein sehr lauter.“ Gemeinsam will man sich gegen eine Situation wehren, in der die Landkreise zunehmend in die Rolle „reiner Transferverwalter ohne Spielräume für Entwicklung und Innovation“ gerieten.

Der Odenwaldkreis stehe, wie viele andere Landkreise und Kommunen in Deutschland, vor massiven strukturellen Herausforderungen, heißt es. Die Menschen erwarteten zurecht gute Schulen, intakte Straßen, verlässliche medizinische Versorgung, moderne digitale Infrastruktur, eine bürgernahe Verwaltung und eine Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels. Diese Erwartungen ließen sich jedoch mangels notwendiger Ausstattung zunehmend nicht mehr erfüllen.

Gewarnt wird vor „massiven Auswirkungen auf das Gemeinwesen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die parlamentarische Demokratie“. Darauf hatte auch Moritz Promny (FDP) in seiner Haushaltsrede hingewiesen: „Der Staat wird konkret in den Kommunen“, sagte er und verwies auf die grundlegende Bedeutung des Konnexitätsprinzips (wer bestellt, der bezahlt).

Forderung: Mehr Vertrauen in kommunale Entscheidungskompetenz

Vor diesem Hintergrund fasst die Resolution zentrale Forderungen in sechs Punkten zusammen. Die beinhalten zunächst eine neue Steuerverteilung, die den Kommunen dauerhaft mehr Mittel sichert. Weiter geht es um eine „vollständige Finanzierung gesetzlicher Aufgaben: Wer Aufgaben zuweist – wie den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung – der muss auch die tatsächlichen Kosten übernehmen.“ Verlangt wird zudem ein „Moratorium für Aufgaben ohne Gegenfinanzierung“, um weitere Belastungen für Städte und Landkreise zu verhindern.

Weitere Punkte: Eine Entschlackung bestehender Vorgaben, die zu Bürokratie führten und Innovation lähmten. „Es braucht wieder mehr Vertrauen in kommunale Entscheidungskompetenz“, heißt es – einhergehend mit der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Und schließlich findet sich die Forderung nach einer neuen Gesetzgebungskultur, in der die Auswirkungen auf die kommunale Ebene von Anfang an mitgedacht werden. Nötig sei vor diesem Hintergrund „ein politischer Kurswechsel in Berlin und Wiesbaden“.

Prüfauftrag zum Haushalt 2026

Als eigenen Beitrag zur Verbesserung der Situation kündigt der Kreistag überdies einen „Prüfauftrag für den Haushalt 2026“ an, um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kreises zu sichern. Überprüft werden sollen demnach der Einsatz digitaler Technologien in der

Kreisverwaltung, auch KI-gestützte Verwaltungsassistenten, ein Stellenabbau durch natürliche Fluktuation und der Bürokratieabbau.